

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Druckpreis: Durch unsere neuen  
Frei im Jahr monatlich 60.00 Mark.  
Bestellungen nehmen die Anzeigen-  
und die Anwerbsstellen-Redaktionen  
entgegen. — Erhalten wertig.  
Bezugspreis: Anschlag Nr. 23.  
Telegramm: Tageblatt Erzgebirge.

Anzeigenpreis für die Anzeigen-  
Redaktion für Anzeigen aus dem  
Erzgebirge 2.00 Mark, aus dem  
Anlagen 30.00 Mark, Restliche  
20.00 Mark. Bei größeren An-  
zeigen auf Wunsch Rabatt.  
Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer.

Nr. 205

Sonnabend, den 2. September 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Am Montag, den 4. September, beginnen in Dresden die Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Bevollmächtigten, um den Abschluss eines deutsch-polnischen Wirtschafts-Vertrages vorzubereiten.

In den nächsten Tagen wird der drahlöse Fernverkehr in Deutschland allgemein eingeführt werden.

Der österreichische Notenumlauf beträgt jetzt 1148 Milliarden und steigt von Woche zu Woche. Die ungeheure Teuerung wird dadurch begreiflich.

Der Dollar notierte in Berlin heute vormittag vorbörslich mit 1300.

### Der Verlegenheitspruch.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Nach dem wochenlangen Hin und Her der Vorbereitungen zwischen den Alliierten war eine klare grundsätzliche Neuregelung des Reparationsproblems für diesmal nicht zu erwarten. In Frage stand zuletzt nur noch, ob die Entscheidung über das deutsche Schuldverhältnis den offenen Bruch der Entente herbeiführen oder irgend eine vorläufige Kompromißlösung bringen werde. In zwölfster Stunde hat man sich auf den Kompromißweg geeinigt. Der deutsche Antrag auf Gewährung eines Moratoriums wurde mit den Stimmen Frankreichs und Belgiens gegen die Engländer bei Enthaltung Italiens abgelehnt; ferner wurde mit drei gegen eine Stimme der Antrag Brabburys auf Gewährung eines Moratoriums unter der Bedingung strenger Finanzkontrolle über Deutschland zu Fall gebracht. Darauf wurde einstimmig der belgische Vermittlungsvorschlag angenommen, wonach die nächsten deutschen Zahlungen bis Ende 1922 durch sechsmonatige Schlagschüsse, zahlbar in Gold, gedeckt werden sollen, die mit Garantien auszustatten sind, aber die sich die deutsche und die belgische Regierung in den nächsten Tagen zu einigen haben. Also Wählung des Moratoriums, aber gleichzeitig eine Lösung, die wenigstens für das laufende Jahr auf Zahlungsrückstände hinauskommt, Ablehnung der Gewalt- und Pfänderpolitik, aber Forderung von Garantien für die sechsmonatige Hinausschiebung aller Barzahlungen, Verzicht auf bare Reparationsleistungen, aber Ersatz durch Wechselverbindlichkeiten für die nächsten Fälligkeitstermine. Man sieht bei rein äußerlicher Betrachtung auf den ersten Blick die Verlegenheitslösung.

Aber das ist nur die formelle Seite der Entscheidung. Sie ist gewiß nicht unwichtig, denn sie schiebt die akute Gefahr für Deutschland wieder um einige Monate hinaus. Man will offenbar die amerikanischen Wähler im November abwarten, weil man hinter ihnen leichter mit Amerika zu einer Einigung über den Schuldenausgleich des Krieges und damit zur völligen Neuregelung des Reparationsproblems zu kommen hofft. Bis dahin bleibt alles in der Schwebe und Deutschland erhält keine wirkliche Atempause, sondern wird nur mit einer Pause für neue Verhandlungen abgefunden. Das ist alles und doch ist das in der verwickeltesten Lage, in der wir uns in den letzten Wochen befanden, nicht völlig zu unterschätzen. Aber viel bedeutsamer sind die neuen grundsätzlichen Feststellungen, die die Note der Reparationskommission nebenher enthält.

Da wird gleich zu Beginn zugestanden, daß Deutschland durch den fortwährenden Rückgang der Mark jeden inneren und äußeren Kredit verloren habe. So schmerzhaft sonst die Feststellung der Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners für diesen sein mag, so verbitvoll ist sie für uns gerade in dem amtlichen Schriftstück der Reparationskommission. Die Gewalt- und Troßpolitik Frankreichs wird dadurch ganz von selbst als widersinnig hingestellt und der ewige Vorwurf deutscher Unwilligkeit in der Verzögerung seiner Reparationsverpflichtungen kann nicht mehr aufrechterhalten werden. Darüber hinaus liegt in dem Zugeständnis der deutschen Zahlungsunfähigkeit aber auch die Anerkennung der Undurchführbarkeit der Versailleser Vertragbedingungen überhaupt. Hier liegt das zweite höchst bedeutsame Moment in der amtlichen Note ein: der Hinweis auf etwaige Ermäßigung der äußeren Lasten Deutschlands. Zwar wird diese Ermäßigung mit Rücksicht auf Frankreich an die Bedingung geknüpft, daß die in der Reparationskommission vertretenen Regierungen vorher ihre Zustimmung geben müßten; aber die spätere Herabsetzung der

deutschen Reparationsverpflichtungen wird doch bereits als Bestandteil eines künftigen radikalen Reformplanes für notwendig erachtet. Die Reparationskommission stellt sich damit auf den Boden nicht mehr des Versailleser Vertrages, sondern der Erklärung, die vorigen Herbst die Bank von England und dieses Frühjahr die Pariser Bankierkonferenz abgegeben haben. Ohne eine Ermäßigung der Reparationslasten ist hiernach jede Unlebensfähigkeit und Kreditwürdigkeit Deutschlands im Ausland ausgeschlossen. Es ist also offenbar, daß in der für Deutschlands Zukunftsvorsicht leider überaus maßgeblichen Reparationskommission die wirtschaftliche Einsicht die politische Unvernunft zurückdrängen beginnt. Diesen Prozeß in der kurzen Frist, die uns für die nächsten Monate gegeben ist, nach Möglichkeit zu fördern, muß die Hauptaufgabe der deutschen Reichsregierung und der deutschen Wirtschaft bilden. Wenn diese Aufgabe gelöst wird, wird Amerika nach den Wahlen auch leichter für ein aktiveres Eingreifen in das Reparationsproblem zu haben sein, als gegenwärtig. Dann wird auch eine wirkliche Atempause zu erreichen sein, in der sich die von der Reparationskommission aufgestellten Bedingungen für eine gründliche Regelung der Reparationsfrage leichter als gegenwärtig erfüllen lassen: Gleichgewicht des deutschen Reichshaushalts, Währungsreform und Ausgabe äußerer und innerer Anleihen. Heute sind die Voraussetzungen für diese schwierigen Aufgaben noch nicht vorhanden.

Für die nächsten Tage kommt es darauf an, ob sich mit Belgien erfolgreiche Verhandlungen über die zu leistenden deutschen Garantien führen lassen. Man braucht hier nicht Hoffnungslos zu sein, einmal, weil die belgische Regierung bei ihrem Verhalten in den letzten Tagen erkennliches Verständnis für die deutsche Notlage gezeigt hat, und dann weil sie stärker als irgend ein Orientstaat auf Wiederherstellung korrekter Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland angewiesen ist. Trotzdem muß natürlich von den deutschen Unterhändlern mit größter Vorsicht verfahren werden, damit dieser erste Versuch, zu einer Einigung mit einem einzelnen Orientstaat zu gelangen, nicht zum Nachteil Deutschlands ausschlägt. Man begreift deshalb, daß der Reichskanzler Wirth nicht gleich wenige Stunden nach Empfang der Entscheidung bereit war, die Stellung der Reichsregierung vor den Parteiführern und vor der Öffentlichkeit darzulegen. Aber man muß auch wünschen, daß die nächsten Tage und Wochen sehr eifrig von der deutschen Politik ausgenutzt werden, damit die kurze Frist nicht abläuft und die Reparationskommission dann doch noch ein schuldhaftes Verfehlen feststellen und eine neue schlimmere Entscheidung diktieren kann.

### Der Dollar fällt — die Preise steigen.

Es ist gewiß zu begrüßen, daß gestern die Berliner Börse auf die Nachrichten über die Entscheidung der Reparationskommission nicht mit einer Panik geantwortet hat. Diese Entscheidung, die uns das bringen notwendige Moratorium versagt, ist gewiß nicht dazu angeht, daß nun die Dollarbesitzer ihren Kopf verlieren. Aber, indem uns für sechs Monate eine Stundung gewährt wird und indem die Reparationskommission beschlußmäßig festgelegt hat, daß jetzt das internationale Schuldproblem endgültig behandelt werden soll, ist doch für den Markt der fremden Zahlungsmittel eine schließbare Erleichterung entstanden. Es ist darum unbedeutend, wenn gestern noch für einen Dollar in Berlin über 1800 Mark gezahlt wurden. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß sich die Spekulation um jeden Preis vor Verlusten schützen wollte. Es ist darum notwendig, daß aufklärend überall im Lande vorgegangen wird. Noch ungewöhnlicher freilich ist die Tatsache, daß während der Preis des Dollars herunterging, die Preise für ungedruckte Artikel gerade gestern noch gestiegen wurden. Ist es schon ein großer Anseh und ein nicht zu unterschätzender Anseh, wenn Produzenten, die gar nicht auf ausländische Rohstoffe oder ausländische Zahlungsmittel angewiesen sind, ihre Preise einfach beim Ansteigen des Dollars erhöhen, so ist es unentschuldig, wenn man nun noch rasch die Preise heraufschraubt, wo die fremden Geldsorten im Werte sinken. Es ist bringend von der Regierung zu fordern, auf diese Vorgänge ihr Augenmerk zu richten. Sie beruht ja jetzt die Maßnahmen über die Wirtschaftspolitik. Alle Gesetze sind wirkungslos, wenn man nicht den Wucher praktisch fagt. Allerdings wird es notwendig sein, daß hierbei das ganze Volk mithilft. Die sechsmonatige Atempause muß zu einem Preisnachlass führen. Es ist darum sinnlos, jetzt noch etwas zu fordern, und damit den Wuchern in die Hände zu arbeiten.

### Zur Bekämpfung der Notlage.

Außerordentliche Notstandsmaßnahmen.

Im Rahmen der von der Reichsregierung unternehmen Aktion zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage sind vom Reichsarbeitsministerium eine Reihe von Maßnahmen in die Wege geleitet. Die Rentenempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung erhielten bisher schon neben einer erhöhten Rente laufende Unterführungen. Zu außerordentlichen Notstandsmaßnahmen für sie stellt das Reich jetzt außerdem den Betrag von 1 Milliarde Mark den Ländern zur Verfügung. Diese oder die Gemeinden oder beide zusammen sollen dazu aus eigenen Mitteln wenigstens ein Fünftel der aufzubringenden Beträge beisteuern, so daß rund 1,9 Milliarden Mark außerordentliche Mittel zur Binderung der gegenwärtigen Notlage der Sozialrentner als bald verwendbar sind. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird eine Aufbesserung der Leistungen durch Herabsetzung der Höchstgrenze für die Beitragspflicht des Grundlohnes vorgesehen. Außerdem wird die Versicherungsgrenze erhöht. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wird ebenfalls eine Erhöhung der Versicherungsgrenze und einiger für die Berechnung der Leistungen maßgebenden Beiträge erfolgen.

Auch in der Angestelltenversicherung werden die Versicherungsansprüche erweitert werden. Die Reichszuschüsse an die Länder für Maßnahmen zur Unterstützung notleidender Kleinrentner sind von 500 Millionen Mark auf 1 Milliarde Mark erhöht worden. Die Teuerungszuschüsse für Kriegsbekämpfte und Kriegshinterbliebene, die durch Gesetz vom 21. Juli 1922 mit Wirkung vom 1. August 1922 neu geregelt waren, sind durch Verordnung vom 11. August für den Monat September um durchschnittlich 63% Prozent erhöht. Außerdem wird noch im September eine Nachzahlungserhöhung erfolgen, die durchschnittlich die Hälfte des am 1. September zahlbaren Teuerungszuschusses betragen werde, so daß die Teuerungszuschüsse gegenüber den Augustbeiträgen insgesamt um rund 140 bis 200 Prozent erhöht werden. Die Reichsmittel der Sozialkriegsbekämpften- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sind bereits von 500 Millionen auf 1 Milliarde erhöht worden.

### Die Pläne des Wirtschaftsministers.

Der preussische Ministerpräsident Brauns hat die preussischen Minister, die sich zum Teil auf Urlaub befinden, zu einer wichtigen Kabinettsitzung zusammenberufen. In diesen Beratungen soll der Ministerpräsident seine Pläne zur Binderung der wirtschaftlichen Not, insbesondere die Pläne gegen den Wucher, dem Kabinett unterbreiten. Es ist damit zu rechnen, daß bereits heute endgültige Beschlüsse über die Maßregeln Preußens gefaßt werden.

### Schwere Teuerungsuntzehen.

In Ober- und Nieder-Sachsen, mit Bänderung von Geschäften verbundene Unruhen hatten, bei denen einer der Unruhestifter getötet, eine Reihe von anderen schwer verletzt worden sind. Die Unruhen begannen auf das Gerücht hin, daß die Preise für Butter und Jucker auf dem Markte abermals erhöht worden seien. Wir haben daselbe Bild, daß wir bald nach der Revolution nur allzu oft gesehen haben, daß nämlich die hegreifliche Empörung des Publikums über allzu hohe Preise ausgenutzt worden ist. Da der Gedächtnis ein linksradikaler Führer ist und die Note Faghe die Darstellung der Ereignisse unter der Ueberchrift Arbeitermord bringt, muß als sicher angenommen werden, daß die Kommunisten wieder die Hand im Spiele gehabt haben.

### Der Mangel an Zahlungsmitteln.

Täglich drei Milliarden Papiermark.

Bei verschiedenen Banken Berlins kam es am Donnerstag zu erregten Szenen, da Kunden, die aus Anlaß des Monatsendes größere Geldbeträge für Gehalts- und Lohnzahlungen abheben wollten nur einen geringen Teil der von ihnen geforderten Summen ausgezahlt erhielten mit der Begründung, daß eine starke Geldmittelnappheit herrsche, unter der auch die Banken zu leiden hätten. Es waren auch Gerüchte verbreitet, daß die Reichsbank besonders in den Geldnoten, die vor der Gefahr einer militärischen Besetzung stehen, nur geringe Geldsummen deponiert hätte. Wie dazu von ununterrichteter Seite noch mitgeteilt wird, ist die Geldmittelnappheit vor allem den ungeheuren wachen Käufen der in Deutschland weilenden Ausländer zuzuschreiben, die ungeheure Summen aus dem Verkehr ziehen. Dazu kommt noch, daß sehr viele Banken sich ihren Geldbedarf auf Wochen hinaus